

## Ingo von Münch. «Die Krise der Medien». Berlin: Duncker & Humblot, 2020, 140 S. ISBN 978-3-428-18017-2

Ulrich van der Heyden, Humboldt-Universität zu Berlin, Seminar für Religions- und Missionswissenschaft sowie Ökumenik, Germany

h1107dpp@rz.hu-berlin.de

Seit einigen Jahren haben die aus den USA in den hiesigen Medien immer weitere Verbreitung findenden Prinzipien (wenn es denn solche sind!) der Political Correctness fast vollständig die sozialen Medien erreicht und greifen seit einiger Zeit auch in der Wissenschaft um sich. Laut Duden ist darunter «die von einer bestimmten Öffentlichkeit als richtig angesehene Gesinnung» zu verstehen. Selbsternannte Hüter (nach der Political Correctness richtig; und Hüterinnen) wachen über ihre favorisierte, vorgeblich richtige Gesinnung und die dabei verwendete Sprache.

So gut wie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens seien, so die von dem Verfasser hier vielfach belegte, jedoch sicherlich auch Widerspruch hervorrufende Meinung, inzwischen innerhalb weniger Jahre unter die Herrschaft einer «Denk- und Sprachpolizei» geraten, wie von Münch solche Wächter nennt. Die sei gefährlich, denn die Sprache schafft und prägt Bewusstsein aus und wird irgendwann zur Selbstverständlichkeit, auch wenn ein Grossteil der Lesenden bzw. anderer medialer Konsumenten dies nicht versteht oder gar ablehnt. Allein die «Medien-Leute» bestimmen den Sprachgebrauch und so werden die Political-Correctness-Hüter zur Selbstverständlichkeit, die auf Ausgrenzung basiert. Mit so einem oder mit ähnlichem Verve vorgetragenen Eingriff in die Publikationspraxis mit den entsprechenden Folgen für die «Gemassregelten» hätten bislang nur die in autokratischen Regimen sozialisierten Vertreter der Medienbranche und der Wissenschaft Bekanntheit gemacht.

Zu dieser Thematik hat sich der Verfasser, emeritierter Professor des Öffentlichen Rechts an den Universitäten in

Bochum und Hamburg sowie ehemaliger Wissenschafts- und Kultursenator in der Hansestadt, bereits 2017 in demselben Verlag in einem vielbeachteten Buch unter dem Titel «Meinungsfreiheit gegen Political Correctness» geäußert. Da solche Eingriffe in Publizistik und Wissenschaft seitdem eher zugenommen, statt abgenommen haben, kritisiert von Münch diese Praxis mit spitzer Feder in seinem aktuellen Buch. Er möchte somit an die Verantwortung der Medien für eine freiheitliche demokratische Ordnung plädieren, jedoch auch auf die Gefahr hinweisen für das alltägliche Leben – so der Verfasser im Vorwort. Er tut dies auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen und persönlichen Erfahrungen.

Ingo von Münch hat sich dieser Aufgabe gestellt, weil er schon seit einiger Zeit eine bedenkliche Entfremdung zwischen Medien und Rezipienten diagnostiziert habe, die man nach durchaus begründeter Auffassung, so hebt er explizit hervor, durchaus als Krise bezeichnen kann. Aber mehr noch: In dem vorliegenden Buch, welches man ohne Zweifel mit dem vorher genannten kombinieren könnte, geht der Verfasser einen Schritt weiter und benennt Schritt für Schritt seine Kritikpunkte, die für den Rezensenten und vermutlich ebenso für viele weitere sich vornehmlich mit Schrift und Wort beschäftigenden Geisteswissenschaftler sehr gut nachvollziehbar sind.

Wie von Münch im Vorwort des hier anzuzeigenden Buches hervorhebt, versteht er es als ein überzeugtes (und hoffentlich auch überzeugendes) «Plädoyer für die Existenz und für die Verbreitung von gut gemachten Medien» und appel-



liert bestimmt und eindrücklich an die Verantwortung der Medien für unsere Gesellschaft, denn die Instrumente der Medien stehen «in direktem Verhältnis zu ihrer Bedeutung» (S. 9).

Wenn sich der Verfasser auch vornehmlich auf die selektive Auswertung von Artikeln aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Neuen Zürcher Zeitung stützt, lassen sich doch viele weitere Printmedien – die hier ausdrücklich im Mittelpunkt stehen – benennen, in denen ähnliche zu kritisierende Sachverhalte wie die in den 13 Kapiteln genannten, festzustellen sind. Mit besonderem Verve setzt sich der Verfasser unter anderem mit dem «Wut- und Hassjournalismus», der gerade im Kontext der Erstarkung der rechtsorientierten politischen Kräfte in Deutschland zu beobachten sei (wobei er für eine Unterscheidung zwischen «rechts» und «rechtsextrem» plädiert), mit Übertreibungen und Untertreibungen in der Berichterstattung, einem prognostizierten angeblichen Untergang des Rechtsstaates, dem «Meinungskorridor», dem «Geeiere um Ortsnamen» und einigen weiteren Themen auseinander.

Für einen Historiker dürfte insbesondere das Kapitel über die «dürftigen Geschichtskennntnisse» interessant sein, wo ein «Minimum an Geschichtskennntnissen» der Journalisten und Redakteure angemahnt wird (S. 65). Wie in anderen vom Verfasser analysierten Beispielen ebenso, auf die er in seiner Kritik, die zuweilen an Polemik erinnert, unterschiedlich intensiv eingeht, werden unter der jeweiligen Kapitelüberschrift eine Reihe von Fällen angeführt, die wohl fast jeder Fachwissenschaftler, vor allem Zeithistoriker, in anderer Weise und an anderen Stellen belegen und sogar ergänzen könnte.

Wie gefährlich solche Eingriffe in die wissenschaftliche Freiheit sind, zeigt das Ergebnis einer Allensbach-Studie aus dem Jahr 2019, die auf Befragungen unter mehr als eintausend Hochschullehrern beruht. Sie zeigte, dass sich 30 Prozent durch «politische Korrektheit» sowohl in der Forschung als auch in der Lehre eingeschränkt fühlten; in den Geisteswissenschaften waren es 36 Prozent. Diese

Prozentzahl stellt schon ein Warnsignal an sich dar, selbst wenn die Studie ebenfalls besagt, dass lediglich 13 Prozent der befragten Hochschullehrer beklagten, dass es die Political Correctness verhindere, dass man bestimmten Forschungsfragen nachgehen könne (vgl. Petersen, 2020). Diese aktuellen Untersuchungen, die in dem Buch nicht mehr berücksichtigt werden konnten, bestätigen indirekt die Notwendigkeit der kritischen Auseinandersetzung des Verfassers mit der heutigen Verfasstheit der Medien, zumindest in Deutschland.

Eine andere Studie, vornehmlich an der Goethe Universität in Frankfurt am Main durchgeführt, belegte, dass nicht wenige Studierende nicht bereit sind, abweichende Meinungen zu akzeptieren und mit verschiedenen Methoden die Meinungs- und Redefreiheit versuchen, einzuschränken. Die Forscher haben feststellen müssen, dass ein Drittel der mehr als 900 befragten Studierenden der Sozialwissenschaften Bücher konservativer Meinungsvertreter aus den Bibliotheken entfernen wollen, bis zur Hälfte der Befragten möchten Wissenschaftler, die von den von ihnen vertretenen Positionen abweichen, nicht an ihrer Universität zulassen. (vgl. Krumm, 13.11.2020).

Eigentlich bestätigt dies nicht nur eine Krise, sondern eine deutliche Gefahr für die Demokratie.

Das Buch sei nicht nur Lehrenden und Studierenden der Journalistik und Kommunikationswissenschaft anempfohlen, sondern auch denen der Politik- und Geschichtswissenschaft.

## Literatur

- Petersen, T. (2020). Die Forschung ist frei, aber ... Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Freiheit an den Universitäten. *Forschung & Lehre*, 3, 194–194. Abrufbar unter: [https://www.wissenschaftsmanagement-online.de/system/files/downloads/wimoarticle/2020-03\\_WIMO\\_Freiheit\\_der\\_Wissenschaft\\_TPetersen.pdf](https://www.wissenschaftsmanagement-online.de/system/files/downloads/wimoarticle/2020-03_WIMO_Freiheit_der_Wissenschaft_TPetersen.pdf).

von Münch, I. (2017). *Meinungsfreiheit gegen Political Correctness*. Berlin: Duncker & Humblot.

Krumm, F. (13.11.2020). *Intolerante Studenten. Wie frei ist die Meinung noch an deutschen Universitäten?* Berliner Zeitung.

Abrufbar unter: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/intolerante-studenten-wie-frei-ist-die-meinung-noch-an-deutschen-universitaeten-li.118626>.